

# BASis Info 13/2013

Neues von der Duisburger SPD-  
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

02.12.2013

Politik, die DU sagt - [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)



Liebe Leserin, lieber Leser,

nach langen und intensiven Verhandlungen hat die SPD mit CDU und CSU einen Koalitionsvertrag formuliert, über den die SPD-Mitglieder in den nächsten Tagen abstimmen werden. Unterm Strich lässt sich festhalten: Die Kernforderungen des Parteikonvents vom 20. Oktober wurden im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Er trägt - nicht nur im Detail - **eine deutliche sozialdemokratische Handschrift**, [wie diese Übersicht, die Sie mit einem Klick abrufen können, zeigt.](#)

Bei meiner Bewertung der Ergebnisse auf den folgenden Seiten habe ich auch die schlechte Politik der vergangenen vier Jahre und die geltende Rechtslage berücksichtigt. Insgesamt ist das Verhandlungsergebnis für mich als Duisburger Bundestagsabgeordnete vertretbar. Diese Fortschritte geben bei mir den Ausschlag:

Wir werden in Deutschland endlich einen **gesetzlichen Mindestlohn** bekommen. Das ist ein historischer Erfolg. Auch weil die Gewerkschaften und Arbeitgeber in die Umsetzung eingebunden

werden, lässt sich dieser Schritt nicht mehr zurück nehmen.

Der **Vertrauensschutz bei der Rente** wird gestärkt. Wer darauf gebaut hatte, nach 45 Jahren Arbeit und Beitragszahlungen ohne Abschläge in Rente gehen zu können, der wird das auch tun können.

**Pflegebedürftige** bekommen bessere Leistungen und ihre Pflegebedürftigkeit wird besser anerkannt. Die Pflegenden werden besser bezahlt und pflegende Angehörige bekommen deutlich mehr Spielraum, um das häusliche und berufliche Umfeld auf die Pflege abzustimmen.

Die **Gleichstellung** und insbesondere die Entgeltgleichheit stärken die sozialen Berufe. Das ist ganz wichtig, damit wir auch in Zukunft noch Menschen überzeugen können, für und mit anderen Menschen zu arbeiten.

Die Abschaffung des **Optionszwanges** ist für junge Menschen mit Migrationshintergrund ein wichtiges Signal.

Für **Duisburg** ist besonders wichtig, dass für die **Kommunen** konkrete **Entlastungen**

vereinbart wurden. Der Bund hilft ihnen bei den sozialen Leistungen und es wird wieder in die Ganztagsbetreuung und die Infrastruktur investiert. Besonders von **Armutsmigration** betroffene **Großstädte** haben die feste Zusage, dass ihre Integrationsanstrengungen vom Bund finanziell unterstützt werden.

Der Koalitionsvertrag gibt lediglich den Rahmen für die politische Arbeit der nächsten vier Jahre vor. Er lässt uns einen großen Spielraum, ihn politisch umzusetzen. Es liegt an uns, ihn mit unseren Vorstellungen zu füllen, unsere Forderungen und Positionen umzusetzen und weiter an unseren Themen zu arbeiten.

Wir werden mit dem Koalitionsvertrag die Situation vieler Menschen verbessern können. Deshalb werde ich beim SPD-Mitgliedervotum mit JA stimmen.

[Den Koalitionsvertrag rufen Sie mit einem Klick hier ab.](#)

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



## Was bedeutet der Koalitionsvertrag für Duisburg?

Der Koalitionsvertrag trägt auf seinen über 180 Seiten etliche Vorhaben zusammen. Ich möchte drei Bereiche herausgreifen, deren Maßnahmen den Menschen in Duisburg ganz konkret helfen werden: Die Bereiche Arbeit, Infrastruktur und Kommunales.

Mit der Großen Koalition gilt ab 1. Januar 2015 ein bundesweiter Mindestlohn von 8,50 Euro, ab 2017 ohne Ausnahme. Die Höhe des Mindestlohns wird von einer Kommission aus Gewerkschaften und Arbeitgebern regelmäßig überprüft. Eine solche Kommission einzusetzen ist nicht nur gute Tradition in Deutschland und hat sich bewährt – sie stellt auch sicher, dass die Position der Sozialpartner nicht durch den Mindestlohn geschwächt wird. Konkret heißt das für uns in Duisburg: Allein in unserer Stadt arbeiten nach Schätzung von ver.di 42.000 Menschen für einen Niedriglohn. Vor allem im Dienstleistungsbereich, in der Gastronomie, im Friseurhandwerk,

in logistischen und in sozialen Berufen. Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro würde die Kaufkraft allein in Duisburg um 80,4 Millionen Euro steigen. Der Mindestlohn ist eine der Maßnahmen. Die Liste lässt sich fortsetzen: Wir führen das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit ein, wir bekämpfen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen und wir stärken die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Das sind alles Vorhaben, die das Leben der Menschen konkret verbessern.

Der Koalitionsvertrag bedeutet auch mehr Bundesinvestitionen in Infrastrukturprojekten. Die Investitionen erfolgen nach der Priorität Erhalt vor Ausbau - das wird uns in Duisburg helfen. Parallel werden wir uns dem Lärmschutz widmen, sowohl auf der Straße, als auch auf der Schiene.

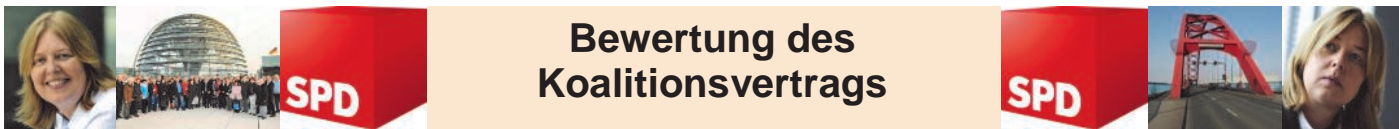
Selten gab es einen Koalitionsvertrag, der so sehr die Bedürfnisse der Kommunen adressiert hat. Davon wird

auch Duisburg profitieren. Der Bund hilft den Kommunen zum Beispiel bei den Kosten von sozialen Leistungen: Allein durch das neue Bundesteilhabegesetz werden sie im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich entlastet. Bereits bevor das Gesetz in Kraft tritt, gilt eine Entlastung von 1 Milliarde Euro jährlich. Hinzu kommt, dass den Kommunen weiterhin die Einnahmen aus der Gewerbesteuer garantiert werden. Die Länder werden zur Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen in der laufenden Legislaturperiode mit sechs Milliarden Euro unterstützt. Das kommt auch den Kommunen zugute - etwa bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit. Gleichzeitig wird wieder mehr in Infrastruktur investiert: Die Städtebauförderung wird um 600 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro aufgestockt. Davon profitieren explizit auch Kommunen in Haushaltsnotlage wie Duisburg. Ganz besonders wichtig ist für mich, dass endlich Städten geholfen wird, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind. Im Koalitionsvertrag steht die feste Zusage, dass wir zeitnah bei unseren Integrationsbemühungen vom Bund unterstützt werden.

Ich bin optimistisch, dass wir den Menschen in Duisburg so helfen können. In Berlin werde ich mich dafür einsetzen, dass die Hilfe auch ankommt.

**Gut für Duisburg**

**DER KOALITIONSVERTRAG**



# Gesundheits- und Pflegepolitik

Als Mitglied des Gesundheitsausschusses und passionierte Gesundheitspolitikerin habe ich die Verhandlungen eng begleitet und die Ergebnisse des Kapitels Gesundheit und Pflege besonders aufmerksam gelesen. Schließlich hatten wir es hier in den vergangenen vier Jahren mit einer besonders verheerenden Gesetzgebung zu tun. Im Finanzierungsbereich wurde entsolidarisiert und bei der Versorgung Fortschritt für die Patientinnen und Patienten verhindert.

Umso wichtiger ist es, dass jetzt die Kopfpauschale wegkommt. Nach dem zehnjährigen Kampf gegen einkommensunabhängige Krankenkassenbeiträge wird nun endlich der pauschale Zusatzbeitrag abgeschafft. Die Diskussion wird künftig nur noch offensiv für mehr Solidarität geführt werden.

Das ist auch weiter notwendig. Denn es ist uns nicht gelungen, die Union von der paritätischen Finanzierung der Gesundheitskosten zu überzeugen. Die Belastungen der Arbeitnehmer sollen zwar nicht ins Unermessliche steigen. Ein komplett paritätischer Beitragssatz hätte an dieser Stelle aber für noch mehr Gerechtigkeit gesorgt.

Wir sind aber auf dem richtigen Weg: Durch die einkommensabhängigen Beiträge und den vollen Risiko- und Finanzkraftausgleich wird es



auch innerhalb der GKV wieder mehr Solidarität geben. Damit werden wir die GKV stabilisieren.

Bei der Versorgung haben wir unsere Vorstellungen von guten, patientenorientierten Versorgungsstrukturen durchgesetzt. Dort finden sich teilweise ganze Passagen aus unseren Anträgen und dem Regierungsprogramm wieder.

Konkret wird die hausärztliche Versorgung gestärkt – vor allem in unterversorgten Gebieten. Fehlen Ärzte, können Kommunen Medizinische Versorgungszentren eröffnen. Der Abbau der Überversorgung wird mit dem zwingenden Aufkauf von Arztsitzen konsequent angegangen. Es wird Terminservicestellen geben, die innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin in Arztpraxen oder Krankenhäusern vermitteln. Damit wird die Zwei-Klassen-Behandlung abgebaut.

Es wird mehr Qualität in Krankenhäusern geben. Die

Bezahlung wird sich nach der Qualität der Leistung richten. Um überflüssige Operationen zu vermeiden, soll künftig im Vorfeld eine ärztliche Zweitmeinung verpflichtend angeboten werden. Hinzu kommt ein neues Qualitätsinstitut für bessere, patientengerechte Aufklärung. Außerdem wird die Hygiene in den Krankenhäusern verbessert.

Die verschleppte Pflegereform wird jetzt angepackt. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wird in dieser Legislaturperiode umgesetzt. Der Beitragssatz steigt zunächst um 0,3 Prozentpunkte. Ein kleiner Teil davon wird in einen Vorsorgefonds fließen. Der Rest steht für Leistungsverbesserungen zur Verfügung. Wir wollen 45.000 zusätzliche Fachkräfte für eine menschenwürdige Pflege. In einem zweiten Schritt soll dann der Beitrag um weitere 0,2 Prozentpunkte angehoben werden, um die Kosten eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zu finanzieren.